

IHK NORD ZIEHT ERSTE POSITIVE BILANZ AUS NEUEM KOALITIONSVERTRAG

EINSCHÄTZUNG DER ERGEBNISSE DES KOALITIONSVERTRAGES

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD bildet die Grundlage für das wirtschaftspolitische Handeln der Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode. Hierzu hat der DIHK eine grundsätzliche Bewertung vorgenommen, die wir uns zu Eigen machen.¹ Zusätzlich zu dieser gesamtdeutschen Betrachtung bewerten wir die im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen aus der Perspektive des Wirtschaftsstandortes Norddeutschland. Hierzu nehmen wir einen Abgleich mit den zentralen Forderungen aus den Tätigkeitsschwerpunkten der IHK Nord vor, für die sich die IHK Nord im Vorfeld der Bundestagswahl und während der Koalitionsverhandlungen besonders stark gemacht hat. Insgesamt finden sich viele Forderungen der IHK Nord im neuen KoV wieder. An vielen Stellen formuliert der KoV seine Vorhaben jedoch auch noch deutlich zu vage, z.B. beim Thema Ernährungswirtschaft oder bei der Sektorenkopplung im Strommarkt. Die Industrie mit ihren Wertschöpfungsketten wird als zentraler Kern für den deutschen Wirtschaftsstandort benannt. Hier soll besonders in Vernetzungs- und Digitalisierungsstrategien (Wirtschaft 4.0) investiert werden. Erfreulicherweise fällt die Bilanz für die norddeutschen Forderungen im Schwerpunkt maritime Wirtschaft besonders positiv aus. Im Anhang befindet sich der Vergleich mit Bewertung in einer tabellarischen Übersicht.

MARITIME WIRTSCHAFT

Sehr positiv ist das Bekenntnis zur enormen Bedeutung der maritimen Wirtschaft für Deutschland. Die Ziele der „Maritimen Agenda 2025“ sollen mit Förderungs- und Finanzierungsinstrumenten weiter umgesetzt werden. Das bisher komplizierte Verfahren zur Einfuhrumsatzsteuer stellt einen gravierenden Wettbewerbsnachteil für deutsche Seehäfen dar, weswegen die Erhebungs- und Erstattungsverfahren jetzt laut KoV überarbeitet werden sollen. Aus norddeutscher Sicht ist diese Maßnahme sehr zu begrüßen. Zudem wird der Investitionshochlauf für die Verkehrsinfrastruktur weiter auf hohem Niveau fortgesetzt. Die Verabschiedung eines Planungs- und Baubeschleunigungsgesetzes soll Verbesserungen und mehr Dynamik in Verkehr, Infrastruktur, Energie und Wohnen hervorbringen. Dieser Schritt entspricht ebenso der IHK Nord-Forderung nach einem neuen Infrastrukturbeschleunigungsgesetz und ist positiv zu bewerten. Helfen sollen dabei frühzeitige Bürgerbeteiligung, weniger Bürokratie, Änderung rechtlicher Vorgaben und Erleichterung für Infrastrukturprojekte. Orientierung zur Umsetzung gibt dabei die 12-Punkte-Strategie des „Innovationsforums Planungsstrategie“. Zudem ist die Prüfung des Verbandsklagerechts sowie der Einsatz für die Wiedereinführung der Präklusion auf EU-Ebene geplant.

Sehr erfreulich: fünf von sieben Forderungen des IHK-Nord-Papiers „Norddeutsche Infrastrukturprojekte beschleunigen“ finden sich im Koalitionsvertrag wieder.

ENERGIE- UND INDUSTRIEPOLITIK

Im Bereich der Energie- und Industriepolitik drückt sich der Koalitionsvertrag leider nur sehr vage aus. Die internationale Energiezusammenarbeit soll ausgebaut werden. Ein Maßnahmenplan dazu wird erstellt. Positiv aber: Der Netzausbau soll weiter vorangetrieben werden. Jedoch soll der Ausbau von erneuerbaren Energien noch stärker regional gesteuert werden, für den Süden Deutschlands soll es einen Mindestanteil geben. „Der Ausbau von Erneuerbaren Energien muss deutlich erhöht werden,...“ Die Novellierung des Netzausbaubeschleunigungsnetzes ist geplant. Die Sektorenkopplung wird zwar

¹ DIHK-Stellungnahme

mehrfach erwähnt, ist bisher aber auch nicht mit konkreten Maßnahmen unterlegt. Eine grundlegende Reform des Strommarkt-(Designs) fehlt komplett.

ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Die Ernährungswirtschaft verzeichnet ebenfalls einen Erfolg. Die Nutztierstrategie soll durch Investitionen und Offenheit für Modernisierung tierwohlorientierter Ställe weiterentwickelt werden. Darüber hinaus sollen Bestandsschutz- und Modernisierungsmaßnahmen zu Tierwohlzwecken unternommen und ein bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme vorgelegt werden. Auf europäischer Ebene will der KoaV konsequent den Weg der „Deutschen Antibiotika-Resistenzstrategie“ (DART 2020) und des One-4007 Health-Ansatzes fortsetzen und Tiertransportzeiten von Lebenstransporten kürzen und besser kontrollieren. Der KoaV spricht hinzukommend von einer nationalen Reduktionsstrategie, die eine Herausforderung, z.B. „free from“ und Gesundheitsaspekte, aber auch Chance für Unternehmen sein kann. Der Ansatz spricht für ein Mehr an FuE in der Ernährungswirtschaft. Weitere Pluspunkte sammelt der KoaV im Hinblick auf den Bürokratieabbau und die Effizienzsteigerung sowie die Förderung ländlicher Entwicklung.

TOURISMUS

Im Bereich Tourismus bleibt der Koalitionsvertrag relativ unkonkret. Positiv zu bewerten ist aber, dass die Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor im Koalitionsvertrag erkannt wird - auch im ländlichen Raum. Die touristische Entwicklung soll nachhaltig gestärkt, die Rahmenbedingungen für den Tourismus insgesamt weiter verbessert werden. Der Fokus soll dabei auf den wichtigsten Zukunftsthemen Auslandsmarketing, Qualität, Fachkräfteentwicklung, Barrierefreiheit liegen. Förderinstrumente von EU, Bund und Ländern sollen enger miteinander verzahnt werden. Gute Aussichten liefert der KoaV auch im Hinblick auf den geforderten Bürokratieabbau, welcher weiter vorangetrieben werden soll, u.a. im Rahmen eines Bürokratieabbaugesetzes III, um Statistikpflichten, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (bis 500 Mitarbeiter), zu verringern. Europäische Vorgaben sollen zukünftig nicht mit zusätzlichen bürokratischen Belastungen verbunden werden. Dies entspricht genau der IHK Nord-Forderung, dass der Gesetzgeber EU-Vorschriften ohne Zusätze oder Sonderregelungen umsetzen sollte. Verwaltungsmodernisierung und E-Government sollen in dieser Legislaturperiode stärker gelebt werden, das birgt ebenfalls große Chancen für Entlastung. Ziel: flächendeckendes Online-Angebot der 100 meistgenutzten Verwaltungsleistungen. Auch der Ansatz, ein behördenübergreifendes Datenmanagement zwischen Bund, Länder und Kommunen zu entwickeln, ist zu begrüßen, da unnötige Datenabfragen bei Unternehmen so vermieden werden können.

AUßENWIRTSCHAFT

Eindeutig benannt wird im Bereich Außenwirtschaft die Problematik der Benachteiligung von Unternehmen durch die Einfuhrumsatzsteuer. Eine der zentralen Forderungen der IHK Nord. Im Koalitionsvertrag wird eine Verbesserung in Aussicht gestellt. Beim Thema Ausgestaltung des Brexit bleibt der KoaV leider sehr vage, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sei sehr wünschenswert. Ebenfalls sehr erfreulich ist die deutliche Bekenntnis zum Freihandel und angestrebter weiterer Abkommen – auch auf transatlantischer Ebene.

VERGLEICH: IHK NORD-FORDERUNGEN VS. KOALITIONSVERTRAG

Im Vorwege der Bundestagswahl 2017 formulierte die IHK Nord ihre wichtigsten Forderungen für den Norden in einem Brief an die norddeutschen Kandidaten. Folgende Übersicht stellt die Forderungen und die Inhalte des Koalitionsvertrages gegenüber. Eine Bewertung erfolgt über grüne/gelbe Smileys.



= Forderung findet Berücksichtigung im Koav.



= Forderung wurde nicht aufgenommen oder ist nicht konkret genug.

IHK Nord-Forderungen je Schwerpunkt	Koalitionsvertrag	Wertung
Maritime Wirtschaft und Infrastruktur		
<ul style="list-style-type: none"> ▲ Neues Infrastrukturbeschleunigungsgesetz auf den Weg bringen 	<ul style="list-style-type: none"> ▲ Fortsetzung Investitionshochlauf für Verkehrsinfrastruktur ▲ Umsetzung der 12-Punkte-Strategie des „Innovationsforums Planungsbeschleunigung“ ▲ Prioritären Projekte des Bundesverkehrswegeplanes 2030 sollen ausreichend finanziert werden ▲ Erstellung eines Gesetzes zur Planungs- und Baubeschleunigung 	
<ul style="list-style-type: none"> ▲ EU-Umweltgesetzgebung – Bundesregierung muss in Brüssel aktiv werden 	<ul style="list-style-type: none"> ▲ Überprüfung der Verbandsklage ▲ Wiedereinführung der sog. Präklusion auf EU-Ebene soll angestrebt werden ▲ Beschränkung auf eine Widerspruchsinstantz bei ausgewählten Projekten ▲ Erprobung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetze 	
Energie- und Industriepolitik		
<ul style="list-style-type: none"> ▲ Netzausbau vorantreiben statt Energiewende bremsen 	<ul style="list-style-type: none"> ▲ Internationale Energiezusammenarbeit ausbauen ▲ „Der Ausbau von Erneuerbaren Energien muss deutlich erhöht werden,...“ ▲ Maßnahmenplan wird erstellt ▲ Novellierung Netzausbaubeschleunigungsgesetz geplant 	
<ul style="list-style-type: none"> ▲ Strommarktreform vollständig umsetzen und Sektorenkopplung stärken 	<ul style="list-style-type: none"> ▲ Sektorenkopplung voranbringen, jedoch sind im Koav keine konkreten Maßnahmen hinterlegt ▲ Reform des Strommarkt(-Designs) fehlt komplett 	
Ernährungswirtschaft		
<ul style="list-style-type: none"> ▲ Wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Ernährungswirtschaft verbessern 	<ul style="list-style-type: none"> ▲ Weniger Bürokratie und mehr Effizienz ▲ Förderung ländlicher Entwicklung ▲ Ökologische Landwirtschaft und Eiweißstrategie stärken ▲ Erarbeitung einer nationalen Reduktionsstrategie ▲ Weiterentwicklung der Lebensmittelkennzeichnungssysteme, Hygiene und Lebensmittelsicherheit 	
<ul style="list-style-type: none"> ▲ „Nationale Nutztier- 	<ul style="list-style-type: none"> ▲ Weiterentwicklung der Nutztierstrategie durch 	



strategie“ – EU-weit einheitliche Rahmenbedingungen schaffen	<ul style="list-style-type: none"> 🌱 Investitionen und Offenheit für Modernisierung tierwohlorientierter Ställe 🌱 Bestandsschutz und Modernisierungsmaßnahmen zu Tierwohlzwecken 🌱 Bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme soll vorgelegt werden 	
Tourismus		
<ul style="list-style-type: none"> 🌱 Unnötige Bürokratie und Kosten vermeiden 	<ul style="list-style-type: none"> 🌱 Rahmenbedingungen für den Tourismus in Deutschland weiter verbessern 🌱 Verringerung von Statistikpflichten 🌱 Harmonisierung handels- und steuerrechtlicher Vorschriften 🌱 Digitalisierung der Verwaltung: Wichtige Verwaltungsleistungen für Unternehmen online anbieten 🌱 Reduzierung von Bürokratiebelastungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren 	😊
<ul style="list-style-type: none"> 🌱 Vermarktung Norddeutschlands im Ausland fördern 	<ul style="list-style-type: none"> 🌱 Touristische Entwicklung soll gestärkt werden 🌱 Nationale Tourismusstrategie soll entwickelt werden 🌱 Werbung im Ausland über einheitliche Qualitätskriterien und Fachkräfteoffensive organisieren 🌱 Förderinstrumente von EU, Bund, Ländern enger verzahnen 	😐
Außenwirtschaftsstandort Norddeutschland		
<ul style="list-style-type: none"> 🌱 EU-Binnenmarkt vollenden – Wirtschaftsinteressen bei Brexit beachten 	<ul style="list-style-type: none"> 🌱 Auch nach dem Ausscheiden des VK aus der EU besteht der Wunsch nach einer vertrauensvollen Zusammenarbeit 	😐
<ul style="list-style-type: none"> 🌱 Einfuhrumsatzsteuer praxisnah gestalten 	<ul style="list-style-type: none"> 🌱 Benachteiligung der Unternehmen wird deutlich benannt und Verbesserung in Aussicht gestellt 🌱 Wegen der vorhandenen Wettbewerbsnachteile für die Seehäfen sollen die Erhebungs- und Erstattungsverfahren für die Einfuhrumsatzsteuer überarbeitet werden 🌱 KoAV enthält das deutliche Bekenntnis zum Freihandel und angestrebter weiterer Abkommen – auch auf transatlantischer Ebene 	😊

Die IHK Nord ist der Zusammenschluss 12 norddeutscher Industrie- und Handelskammern aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Arbeitsschwerpunkte sind die Maritime Wirtschaft mit dem Schwerpunkt Infrastruktur und Seeverkehr, die Energie- und Industriepolitik, der Tourismus, die Ernährungswirtschaft und die Außenwirtschaft. Weitere Informationen unter: www.ihk-nord.de.

Rückfragen bitte an:

Katja Croy
IHK Nord e.V.
T 0049 (0)40 36138 657
croy@ihk-nord.de